Aufruf des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes zum 1. Mai 1948 : an das arbeitende Volk der Schweiz

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **40 (1948)**

Heft 4

PDF erstellt am: **31.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-353325

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Aufruf des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes zum 1. Mai 1948

An das arbeitende Volk der Schweiz

Arbeiter, Angestellte, Beamte!

In diesem Jahre blickt unser Bundesstaat auf ein hundertjähriges Bestehen zurück. Inmitten einer von Revolutionen und Gegenrevolutionen aufgewühlten Zeit entstanden, war dem Schweizervolk unter seinem Schutze eine friedliche Entwicklung beschieden. Unter der neuen politischen Ordnung vollzog unser Land den Aufstieg vom Agrarstaat zum modernen Industrie- und Handelsstaat, dessen Schicksal heute unzertrennlich mit demjenigen der gesamten übrigen Welt verbunden ist. Diese Wandlung verlief nicht ungestört. Mit der neuen Industrie entstand eine stetig zunehmende Schicht von Arbeitern, die ihr Brot unter völlig neuartigen Bedingungen verdienen mussten und denen die vom Bundesstaat proklamierten staatsbürgerlichen Freiheitsrechte anfänglich wenig nützten. Hoffnungslos und verzweifelt sahen diese ihrer Zukunft entgegen, bis sie im gewerkschaftlichen Zusammenschluss das Instrument zur Hebung ihrer Lage erkannten. Durch vereinte Anstrengungen ist es nach langen und opfervollen Kämpfen gelungen, die tägliche Arbeitszeit, die bei der Gründung des Bundesstaates noch 13 bis 14 Stunden im Tage betrug, auf 8 Stunden zu reduzieren und der Schande der damals noch weit verbreiteten Kinderarbeit ein Ende zu setzen. Auch an der Schaffung von Arbeiterschutz- und Sozialgesetzen, die im vergangenen Jahre durch die wuchtige Annahme des Gesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung ihre bisher schönste Krönung erhielten, hatten die Gewerkschaften den entscheidenden Anteil. Der Arbeiter ist heute im Betrieb nicht mehr rechtlos wie einst. Mit den Gesamtarbeitsverträgen hat die Demokratie auch in den Fabriken Einzug gehalten. *Alle diese Errungenschaften können in ihrer Bedeutung gar nicht genug geschätzt werden. Nicht nur wurde durch sie die materielle Lage der Arbeiterschaft gewaltig gehoben, auch die moralische und geistige Verfassung der Arbeiterschaft ist eine andere geworden. Während der Arbeiter sich im Anfang mit Recht als ein Ausgestossener der Gesellschaft vorkommen musste, haben die Gewerkschaften in ihm das Gefühl der Menschenwürde wieder geweckt und ihn zum vollberechtigten, aber auch seiner Verantwortung voll bewussten Staatsbürger erhoben.*

Das erwies sich mit besonderer Eindrücklichkeit in der erregten Zeit des zweiten Weltkrieges, und in diesem Wandel liegt die beste Gewähr dafür, dass unser Bundesstaat auch allen kommenden Erprobungen standzuhalten vermag. Wenn

man sich heute anschickt, dessen hundertsten Jahrestag zu feiern, so dürfen die schweizerischen Gewerkschaften sich rühmen, zur Festigung der Eidgenossenschaft einen wesentlichen, wenn nicht den wesentlichsten Beitrag geleistet zu haben.

Darf uns der rückwärts gerichtete Blick mit Zuversicht und Vertrauen erfüllen, so erweckt der Blick in die unmittelbare Zukunft eher eine gegenteilige Stimmung. Drei Jahre nach Beendigung des Weltkrieges ziehen Not und Elend noch so weite und erschrekkende Kreise, dass der Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen sich zur Durchführung einer *Weltsammlung für das notleidende Kind* gezwungen sieht, um so wenigstens den ärgsten und schlimmsten Nöten zu begegnen. Der Wiederaufbau der Welt hat wohl Fortschritte gemacht, aber es ist offensichtlich, dass diese Entwicklung neuerdings durch die sich zusehends verschärfenden Gegensätze unter den Siegerstaaten in verhängnisvoller Weise beeinträchtigt und sogar bedroht wird.

Namentlich werden die jüngsten Ereignisse in der Tschechoslowakei als ein Alarmzeichen empfunden. Auch wir sind von diesen zutiefst erschüttert. Als seinerzeit die Hitlerbanden das Hakenkreuz an den stolzen Türmen des Hradschin hissten, empfanden wir dies als eine beleidigende Herausforderung der gesamten freiheitlich gesinnten Welt. Wir konnten es nicht erwarten, bis die tschechoslowakische Republik wieder erstehen werde. Aber wir verbanden damit stets die Vorstellung einer die Freiheitsrechte aller Staatsbürger achtenden Demokratie, um die ja dieser Krieg in erster Linie geführt wurde. Das neue Regime in der Tschechoslowakei hat jedoch die Macht mit Mitteln an sich gerissen, die in schroffstem Widerspruch zu den Grundsätzen der Demokratie stehen und die kaum wieder erstandenen Volksrechte beseitigt.

Wir erklären feierlich, dass wir die demokratischen Freiheitsrechte als unveräusserlich betrachten und dass es keinen Preis gibt, um den auf diese verzichtet werden kann. Nur in der Freiheit werden die Völker zum sinnvollen Gebrauch der Freiheit erzogen. Wer ihnen diese nimmt, führt sie unweigerlich in die Versklavung.

Wir appellieren an die schweizerische Arbeiterschaft, die schwer genug errungenen staatsbürgerlichen Freiheitsrechte stets und immer gegen jegliche Antastung zu verteidigen und hierbei vor keinem noch so hohen Einsatz zurückzuschrecken. Mag unsere Demokratie auch noch mit Mängeln behaftet sein, so ist sie doch tausendmal besser als jede wie immer geartete Diktatur.

Auch in unserm eigenen Land fehlt es nicht an beunruhigenden Erscheinungen. Immer unverhüllter versuchen die besitzenden Kreise, sich von der Uebernahme finanzieller Lasten zu drücken und diese fast ausnahmslos dem arbeitenden Volke aufzubürden, das schon in den Kriegsjahren nachweislich die grössten Opfer gebracht hat. Ein Schulbeispiel hierfür ist der Widerstand, der jetzt der Fortführung der direkten Bundessteuer bereitet wird. Damit werden Auseinandersetzungen heraufbeschworen, wie sie unser Bundesstaat seit Jahrzehnten nicht erlebt hat und vor deren Folgen nicht eindringlich genug gewarnt werden kann.

Für unsere Demokratie sind einseitige Belastungen der wirtschaftlich schwachen Volkskreise eine sehr ernste Gefahr, da sie zu unerträglichen sozialen Spannungen führen müssten. Es gibt besonders in Steuerfragen eine unabdingbare Pflicht der Besitzenden, gegen die nicht ungestraft verstossen werden kann. Demokratische Gesinnung wird nicht schon dadurch bewiesen, dass man sich über die Diktaturmethoden irgendeines Landes aufregt, sondern nur dadurch, dass man selber seinen demokratischen Verpflichtungen nachkommt.

Auch die notwendige Verbesserung der Arbeitsbedingungen stösst auf wachsenden Widerstand. Trotz anhaltend hohen Gewinnen haben gewisse Unternehmerkreise die in der Zeit von Krieg und Gefahr der Arbeiterschaft gemachten Versprechungen vergessen und denken nur an die eigenen Profitinteressen. Offensichtlich zieht man aus den Vorgängen im Ausland Schlüsse, die für unser Land nicht anders als verhängnisvoll sein könnten. Diese Haltung kann nicht scharf genug gegeisselt werden.

Ein demokratisches Staatswesen steht nur fest und gesichert da, wenn es auf dem Fundament sozialer Gerechtigkeit aufgebaut ist. Namentlich müssen alle seine Anstrengungen darauf gerichtet sein, die wirtschaftliche und kulturelle Lage der arbeitenden Volkskreise ständig zu heben.

Arbeiter, Angestellte, Beamte!

In ernster Stunde begehen wir in diesem Jahre den 1. Mai, der vor bald sechzig Jahren das Signal zum Kampf um den Achtstundentag gab und an dem wir auch jetzt wieder wie in allen vergangenen Jahren für den noch immer unverbürgt gebliebenen *Weltfrieden* demonstrieren. Sorgt überall im Lande für eine wuchtige und eindrucksvolle Gestaltung unserer Kundgebungen. Die Losung sei:

Freiheit, Fortschritt, Frieden!

Das Bundeskomitee des Schweiz. Gewerkschaftsbundes.